

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 72

Montag, den 27. März 1933

Jahrgang 105

Vor Einführung der Arbeitsdienstpflicht

Die sozialpolitischen Fragen vor dem Rabinettsauschuß — Dr. Syrup Reichs-
kommissar für Arbeitsbeschaffung

U. Berlin, 27. März. In einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Ton und Film hielt der neuernannte Reichskommissar für den Arbeitsdienst, Mahnkens, eine kurze Ansprache, die sehr bemerkenswerte Feststellungen enthielt. Er sagte u. a., daß alle zur Mitarbeit und Entscheidung berufenen Stellen völlig übereinstimmender Auffassung über den Arbeitsdienst gewesen seien. Schon in den nächsten Tagen werde die Arbeitsdienstpflicht als Bestandteil des Generalplanes zur Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage beschlossen werden. In den Bezirken würden sofort die Führerkörpere eingeteilt werden. Schon im Sommer hoffe man, organisatorisch so weit zu sein, daß genügend Führerkräfte vorhanden seien, um bereits ganze Jahrgänge zur Arbeitsdienstpflicht heranzuziehen. Die Arbeitsdienstpflicht habe die große Aufgabe, zur Pflicht gegenüber Volk und Vaterland zu erziehen und die Erkenntnis zu wecken, daß Arbeit nicht ein notwendiges Übel, sondern ein Segen sei.

Dr. Syrup Nachfolger Gereskes

Die Reichsregierung hat beschlossen, mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Geheimen Regierungsrat Dr. Syrup zu betrauen. Dr. Syrup hat die Geschäfte bereits übernommen. Wie jetzt schon feststeht, ist eine vorchriftswidrige Verwendung irgendwelcher Mittel, die dem Reichskommissar zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen, nicht erfolgt.

Fortsetzung der Arbeiten im Reichskabinett

Die sozialpolitischen Fragen, die in der letzten Kabinettsitzung noch nicht erledigt werden konnten, werden heute im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Kabinetts beraten werden. Der Reichskanzler dürfte heute wieder in Berlin eintreffen.

Das Gesetz über die Neuordnung des Gewerkschaftsrechts, das die Gleichstellung der nationalen Arbeitnehmerverbände mit den bisherigen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen bringen wird, wird vermutlich noch im Laufe dieser Woche verabschiedet werden. Wie der „Völkische Beobachter“ berichtet, wird im Zusammenhang damit eine Änderung des Paragraphen 11 des Arbeitsgesetzes notwendig werden, worin die Ermächtigung zu Prozessvertretungen nur den bisherigen Gewerkschaften gewährt wurde. Es sollen endlich auch die nationalen Gewerkschaftsverbände Prozessvertretungsvollmacht erhalten. Auch in das Krankenkassenwesen werden die nation-

alen Verbände eingegliedert werden. Man nimmt an, daß ein Reichskommissar mit der Aufgabe der Neuordnung der Vertretung der Arbeitnehmer betraut wird. — Das Gesetz über die Gleichhaltung der Volkswirtschaften in Reich, Ländern und in Gemeinden ist, nach dem Bericht des Blattes, in seinen Hauptpunkten bereits ausgearbeitet und dürfte zu Beginn dieser Woche vom Kabinett verabschiedet werden. Nach diesem Gesetz werden die Länder- und Gemeindeparlamente entsprechend den Ergebnissen der Reichstagswahlen zusammengesetzt werden, und zwar ohne daß weitere Neuwahlen abgehalten werden. Der Zeitpunkt der nächsten Kabinettsitzung steht noch nicht fest.

Neuwahlen in Bremen abgesetzt

Der Wahlkommissar für die bremischen Bürgerchaftswahlen, die am 2. April stattfinden sollten, veröffentlicht nach einem Morgenblätterbericht aus Bremen folgende amtliche Bekanntmachung: Die Wahlen zur Bürgerchaft finden nicht statt. Die Verteilung der Sitze erfolgt auf Grund der für die Reichstagswahlen am 5. März abgegebenen Stimmen nach Maßgabe eines noch zu erlassenden Gesetzes.

Das Wochenende des Reichskanzlers

Reichskanzler Hitler ist am Samstag von München aus im Auto nach Berchtesgaden gefahren, um sich über das Wochenende auf dem Landsitz in Oberalzberg im Hause Wagenfeld aufzuhalten. Auch Reichsinnenminister Dr. Frick ist am Samstag nachmittag in München eingetroffen. Der Gemeinderat Berchtesgaden hat Hindenburg und Hitler einstimmig zu Ehrenbürgern ernannt.

Einschränkung der Gesuche an den Reichskanzler erbeten

Wie dem Reichskanzler aus dem Reich und dem Auslande täglich zugehenden Eingaben und Gesuche von Privatpersonen, Vereinen, Verbänden usw. haben einen geradezu ungeheuren Umfang angenommen. Wie bereits früher der Deffentlichkeit mitgeteilt worden ist, ist es dem Reichskanzler bei der auf ihm ruhenden Arbeitslast unmöglich, alle diese Schreiben persönlich zu lesen oder sich ihren Inhalt auch nur vorzutragen zu lassen. Ebenso wenig ist die Reichskanzlei bei ihrem kleinen Personalbestande in der Lage, alle Schreiben zu bearbeiten und zu beantworten. Es darf daher nochmals dringend empfohlen werden, alle Eingaben, für die nicht die Reichskanzlei unmittelbar zuständig ist, den zur Bearbeitung zuständigen Stellen, und zwar in erster Reihe den unteren und mittleren Verwaltungsbehörden des Reiches und der Länder zuzuleiten.

Der Bericht der amerikanischen Botschaft über die angeblichen Judenverfolgungen

Beim Washingtoner Staatsdepartement ist nunmehr der Bericht der Berliner amerikanischen Botschaft über die angeblichen Judenmishandlungen in Deutschland eingegangen. Dem Bericht liegen umfassende Untersuchungen aller amerikanischen Konsulate in Deutschland zugrunde. In ihm wird die Reichsregierung von jeder Verantwortung für die angeblichen Judenmishandlungen freigesprochen. Es wird dann betont, daß die Regierung Hitler die Lage bezüglich der angeblichen Mishandlungen auch durch Einzelpersonen und kleine Gruppen völlig beherrsche.

Die Neuordnung in Preußen

— Berlin, 27. März. In Preußen sind 5 Oberpräsidenten neu besetzt worden. Es wurden ernannt der nationalsozialistische Abg. Kube für Berlin, Brüchner für Niederriehlen, Lohse für Schleswig-Holstein, Freiherr v. Rünck für die Rheinprovinz, Luge für Hannover. — Der kommissarische preussische Justizminister hat die Bildung von Sondergerichten in Berlin, Breslau, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Essen, Kassel, Altona, Köln, Königsberg, Elbing, Halle und Hamm angeordnet.

Gehaltssperre für die ehem. Regierung Braun

U. Berlin, 27. März. Die zuständigen Stellen haben veranlaßt, daß im Zusammenhang mit den Nachforschungen nach dem Verbleib des 2-Millionen-Fonds vorläufig keinerlei Gehaltsbezüge an die Mitglieder der früheren preussischen Regierung Braun ausbezahlt werden. Da diese Bezüge für jeden Monat in zwei Raten, und zwar am 1. und 20. gezahlt wurden, hat der frühere Ministerpräsident Braun am 1. März das letzte Mal Zahlungen aus der Staatskasse erhalten. Die früheren Staatsminister beabsichtigen, ihre Rechtsvorbehalte wegen der Zahlungsstockung anzumelden.

Tages-Spiegel

Das Reichskabinett legt heute die Beratung der sozialpolitischen Fragen fort. Anstelle von Gereske ist Dr. Syrup zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt worden.

Zum Zwecke der Förderung der Forstkultur und Forstwegbearbeitung hat der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ausreichende Kreditmittel zur Verfügung gestellt.

Der Reichsarbeitsminister hat in Fortführung seiner Maßnahmen zur Neuordnung der Krankenversicherung die Prüfung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen in Berlin durch die vom Reich kontrollierte Deutsche Revision- und Treuhändergesellschaft angeordnet.

Der kommissarische Justizminister in Bayern, Dr. Frank, hat einen Erlaß gegen die Beschäftigung jüdischer Richter und Staatsanwälte in der Strafrechtsplege veröffentlicht.

Der Ständige Rat der Kleinen Entente wendet sich in einer scharfen Erklärung gegen jede Vertragsrevision. In Baden werden Gehälter und Pensionen nur noch bis zur Höhe von 1000 Mark monatlich ausbezahlt.

Badische Landwirtschaftsführer verhaftet

U. Karlsruhe, 27. März. Nach einer Mitteilung der Pressestelle beim Staatsministerium sind auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Karlsruhe führende Persönlichkeiten der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Karlsruhe, nämlich der Präsident und Generaldirektor Reidel, der Generalsekretär Wirths, Oberbuchhalter Weiß, Direktor Kündel, Direktor Pilger und Generalsekretär Hoffmann wegen Verdachts der Untreue und Unterschlagung vorläufig festgenommen und dem Untersuchungsrichter zur Vernehmung vorgeführt worden. Wegen eines Teils der genannten Personen wurde bereits Haftbefehl erlassen.

Den Genannten wird u. a. vorgeworfen, eine Reihe von Beträgen, die an sich der Zentralgenossenschaft hätten zufließen müssen, zu persönlichen Zwecken aufgeteilt und verwendet zu haben.

Kleine Entente gegen Vertragsrevision

U. Genf, 27. März. Der ständige Rat der Entente, der aus den drei Außenministern besteht, veröffentlicht eine amtliche Verlautbarung, die sich in ungewöhnlich scharfer Form gegen jede Revision der Friedensverträge und die Veruche der vier europäischen Großmächte richtet, unter sich eine Einigung über die Revisionspolitik und die Abrüstungsfrage zu erzielen.

In der phrasenreichen amtlichen Verlautbarung heißt es u. a.: Da man über das Eigentum eines anderen weder direkt, noch indirekt verfügen könne, melde die kleine Entente jetzt bereits einen ausdrücklichen Vorbehalt gegen den Abschluß aller solcher Abkommen an, die ihre Politik oder Rechte berührten. Die kleine Entente werde sich nicht an irgend welche Abkommen für gebunden halten, an denen sie nicht beteiligt sei. Die kleine Entente bedauere insbesondere, daß in den Verhandlungen der letzten Tage der Gedanke einer Revisionspolitik als Grundlage des Friedens angenommen worden sei. Die kleine Entente sehe es als ihre unabwiesbare Pflicht an, die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß eine Revisionspolitik eine sofortige energische Gegenaktion auslöse.

Die kleine Entente hat damit zweifellos unter der Führung und dem Einfluß Frankreichs die Initiative ergriffen, um die zwischen Mussolini und Macdonald verhandelten Pläne einer Verständigung der Großmächte über die unerläßlich gewordene Revision der Friedensverträge zu verhindern. Man nimmt jedoch an, daß die englische und italienische Regierung sich durch solche Quertreibereien von ihren Plänen nicht abbringen lassen werde. Das besondere Interesse richtet sich in der gegenwärtigen Lage auf die Haltung der deutschen Regierung zu den römischen Plänen.

In den letzten Tagen haben in Rom über den Mussolini-Plan Besprechungen zwischen Mussolini und dem englischen Botschafter Sir Roland Graham sowie zwischen dem Staatssekretär im Außenministerium, Suvich, und dem französischen Botschafter de Jouvenel stattgefunden. In den maßgebenden politischen Kreisen Roms wird betont, daß nunmehr die Zustimmung zur Mitarbeit am Viermächteplan von Seiten dreier der beteiligten Mächte klar ausgesprochen sei. Man werde abwarten müssen, in welchem Maße sich die gegenseitige Einwirkung von Polen und der kleinen Entente auf Frankreich auswirken werde.

Gegen die Greuelpropaganda

U. Berlin, 27. März. Reichsminister Goering empfing die Vertreter der ausländischen Presse, um noch einmal mit aller Deutlichkeit den Greuelnachrichten entgegenzutreten, die im Ausland über Deutschland verbreitet sind. Die nationale Revolution, so sagte der Minister, sei im Gegensatz zu der Revolte 1918 eine Revolution der Disziplin. Gewiß seien einige bebauerliche Zwischenfälle vorgekommen. Jetzt vollziehe sich der Aufbau in Ruhe und Sicherheit. Die Berichte über Schändungen jüdischer Friedhöfe, Synagogen und anderer Gebäude seien nichts als maßlose Entstellungen und Hege. Nichts sei geschehen, als daß einige Leute aus ihren Prinden abgesetzt, und daß einige tausend Kommunisten von der Polizei verhaftet worden seien. Die Regierung würde es niemals dulden, daß ein Mensch nur deswegen irgendwelchen Verfolgungen ausgesetzt werden sollte, weil er Jude sei. Der jüdische Geschäftsmann könne in Ruhe seinen Geschäften nachgehen. Jüdische Beamte seien nur abgebaut worden, weil sie Sozialdemokraten waren. Heute sei noch eine ganze Reihe Juden in Staatsstellungen. Zusammenfassend erklärte Minister Goering: Die Reichsregierung und die preussische Regierung haben kein Ausnahmerecht geschaffen für irgendeinen Teil des deutschen Volkes. Die Reichsregierung wie die preussische Regierung sind bestrebt, jedes Mittel zu ergreifen, um Ruhe, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Deutsche in London von Juden belästigt

Berichte der Londoner Presse bestätigen, daß in London weilende Deutsche zur Zeit erheblichen Gefahren seitens der jüdischen Bevölkerung ausgesetzt sind. „Sunday Express“ meldet, daß es in mehreren Hotels zu Handgreiflichkeiten zwischen Juden und Deutschen gekommen ist. Ein Teil der deutschen Kolonie sieht die Lage als sehr ernst an und es ist dem Deutschen geraten worden, sich aus den hauptsächlichsten Judenvierteln in London, wie Whitchapel und Soho fernzuhalten, um, wenn irgendmöglich, Zwischenfälle zu vermeiden.

Der Eindruck der Regierungserklärung im Ausland

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers Hitler hat in Genf in allen internationalen Kreisen einen ganz ungewöhnlich starken Eindruck hervorgerufen und wird übereinstimmend als eine große staatsmännische Rede bewertet. Die Rede des Reichskanzlers wird allgemein als eine völlige Klärung des außen- und innenpolitischen Programms der Reichsregierung aufgefaßt. — Die Pariser Presse beachtet eine ganz ungewöhnlich sachliche Zurückhaltung. Die Rede des Kanzlers ist ohne große heftige Kommentare wiedergegeben. Das „Journal“ meint, zum ersten Male habe Hitler eine Rede gehalten, die wie aus einem Guß wirkte. Die Verfassung der Republik sei begraben und das Dritte Reich geboren. Der „Petit Parisien“ stellt fest, daß der Staatsmann Hitler etwas ganz anderes gesagt habe, als der Propagandist Hitler. — Die englische Presse gibt die Kanzlerrede in großen Auszügen wieder. Besonders unterstrichen werden die außenpolitischen Ausführungen. Die günstige Erwähnung der englischen Bemühungen um die Abrüstung werden dankbar anerkannt. Die „Times“ sagt, daß die Ausführungen Hitlers sehr gemäßigter waren und sich durch nichts von den Erklärungen seiner Vorgänger unterscheiden haben. — Die italienische Presse befaßt sich schon ausführlicher mit Hitlers Regierungserklärung. So schreibt z. B. die „Tribuna“: Im Reichstag des neuen Deutschlands habe der Reichskanzler Hitler, der Führer einer Bewegung, die als Zeichen des Glaubens den Arm auf römische Art hebt, den festen Vorsatz ausgesprochen, sich im Namen der gefährdeten europäischen Kultur aus dem üblen Klima des Mißtrauens und Hasses zu erheben, um an das Werk des Wiederaufbaues des Friedens heranzugehen, dessen Grundbaue im Mussolini-Plan bestünde. Man befände sich daher in einem neuen Klima. Sogar in jenem Frankreich, das sich noch in der Selbsttäuschung einer unweigerlich zum Kriege führenden Politik befände, kündete sich das „neue Klima“ an.

Die Neuordnung der Fettwirtschaft

U. Berlin, 26. März. Staatssekretär von Rohr machte Ausführungen über die Neuordnung der Fettwirtschaft, die sich im wesentlichen mit der amtlichen Mitteilung über diesen Komplex decken. Darüber hinaus erklärte der Staatssekretär noch folgendes:

Gastwirtschaften, die mit Margarine kochen und braten, müssen dies in Zukunft auf ihren Speisekarten vermerken. Was die Verbilligung der Fette für die minderbemittelte Bevölkerung anbetrifft, so erhält jeder Käufer einen Gutschein, den er beim Kauf von Fett in Zahlung geben kann. Die Steuer hat nicht den Sinn, die Margarine zu verteuern, sondern der minderbemittelten Bevölkerung die Verteuerung weniger fühlbar zu machen. Die Konzentrierung und die Zollerhöhung treten am Montag in Kraft. Die Steuerbestimmungen werden erst in etwa 3-4 Wochen erlassen. Gleichzeitig mit diesen Bestimmungen wird auch das sogenannte Fettgeld herausgegeben. Die Grenze für die Bezahler dieses Fettgeldes wird der Reichswirtschaftsminister festlegen.

Die Verordnung ist nicht auf Grund des Reichsregierungs erteilten Ermächtigungsgesetzes erlassen worden, sondern trägt die Unterschrift des Reichspräsidenten. Es ist vielleicht das letzte Gesetz, das der Reichspräsident für lange Zeit unterschreiben wird. Er hat damit den Schlussstein gesetzt unter das, was er vor 3 Jahren beginnen wollte und was nicht in dem von ihm gewünschten Maße durchgeführt worden ist. Der Reichspräsident gab vor drei Jahren dem Reichskanzler Erlaubnis den Auftrag zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft. Dieser Auftrag ist nicht erfüllt worden. Es mußte erst die nationale Regierung kommen, um das zu tun, was vor drei Jahren schuldhaft veräußert worden ist. Die nationale Regierung ist entschlossen, diesen Weg gegen alle Widerstände und Mißverständnisse weiter zu gehen.

25 Millionen Fettkarten?

Wie die B.Z. meldet, werden schätzungsweise 25 Millionen Fettkarten im Werte von 190 Millionen ausgegeben werden. Im einzelnen berichtet die B.Z. dazu, daß die Regierung, um die Minderbemittelten, Erwerbslosen und Rentner und die weiten Schichten mit geringem Einkommen sowohl Arbeiter, wie Angestellte von der Preiserhöhung, die zugunsten der Steigerung der landwirtschaftlichen Kaufkraft vorgenommen wird, wieder zu entlasten, gleichzeitig die Einführung eines sog. „Fettgeldes“ verfügt hat. Für dieses Fettgeld soll restlos das Aufkommen der Margarinesteuer, das auf etwa 190 Mill. jährlich geschätzt wird, verwendet werden. Ueber die Durchführung dieser Hilfsmaßnahme für die Minderbemittelten im einzelnen sind alsbald nähere Mitteilungen zu erwarten; es sollen etwa 25 Mill. „Fettgeldkarten“ ausgegeben werden. Bei einem geschätzten Jahresaufkommen von rund 200 Millionen Mark aus der Margarinesteuer und einer Verteilung dieser Summe auf rund 25 Millionen Menschen würde auf den Einzelnen im Jahr also schätzungsweise eine Fettgeldunterstützung von rund 8 Mark kommen.

Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen darf nicht mehr Selbstzweck sein!

Auf der Münchener Produktenbörse erachtet der bayerische Staatskommissar für Landwirtschaft, Kubler, und erklärte in einer Ansprache, daß in Zukunft der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht mehr Selbstzweck sein dürfe. Es sei Hauptaufgabe des Handels, dafür zu sorgen, daß der Bauer für seine in schwerer Arbeit erlangenes Erzeugnis eine gerechte Entlohnung erhalte. Gemeinnutz gehe vor Eigennutz. Der Getreidehändler dürfe nicht den Diktator gegenüber dem Bauern spielen. Er müsse für alle Zukunft der Mittler zwischen Erzeuger und Verbraucher sein. Die Zusammensetzung und Leitung der Produktenbörse müsse nach Richtlinien umgebildet werden, die eine breite Basis der Zusammenarbeit auch zwischen der Regierung und dem Handel gewährleisten. Für die weitere Tätigkeit des Handels sei die Grundlage der Gemeinnützigkeit im Sinne der Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage

Manuskript.

Politische Kurzmeldungen

Die Geltungsdauer der Verordnung der Reichsregierung über die Befreiung der im Steinkohlenbergbau u. d. beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sowie ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist bis zum 27. Mai 1933 verlängert worden. — Der Vorstand der Deutschen Turnerschaft faßte eine Entschließung, in der er alle Vereine der D.T. auffordert, sich mit allen Kräften der nationalen Erhebung des deutschen Volkes und ihren Führern zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. — Wie der „Völkische Beobachter“ meldet, ist die Berliner Zentrale des „Fazifisten“ Prof. Förster-Paris, die sich in der Wohnung seines „politischen Beauftragten“, Hans Schwann, befand, der zugleich der „Verbindungsbeamte“ zwischen Berlin-Warschau-Prag-Paris war, ausgehoben worden. — Der Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Dr. Stadler, ist von seinem Amt zurückgetreten. Ferner wurde die Sperrung der Pension für den ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Kassel Philipp Scheidemann veranlaßt. — In Breslau ist Oberbürgermeister Dr. Wagner durch den Regierungspräsidenten beurlaubt worden. Auf Anordnung des Ministers des Innern ist zum kommissarischen Oberbürgermeister von Breslau Rechtsanwalt Dr. Reibitz (M.D.P.) ernannt worden. — Den bremischen Beamten und Angestellten ist die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei und kommunistischen Partei oder anderen sozialistischen oder kommunistischen Organisationen verboten worden. — Den Mitgliedern der Betriebsräte und Betriebsobmännern, die der R.P.D. angehören, wurde die Ausübung ihrer Befugnisse bis zur endgültigen Regelung unterlagert. — Der thüringische Staatsbankpräsident Dr. Jost ist vom thüringischen Finanzminister von seinem Dienst beurlaubt worden, da er das Vertrauen der thüringischen Regierung nicht mehr besaß. — Die Bauorganisation Magdeburg des Reichsbanners hat sich freiwillig aufgelöst. — Die Eröffnung des neuen Warenhauses „Saxonia“ in Aschaffenburg wurde auf Anordnung des bayerischen Innenministers verboten. — Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde der deutsche Kommunist Thälmann durch Verordnung der Komintern seines Amtes als Führer der K.P.D. enthoben. Als Ursache dieser Maßnahme wird das „unrichtige Verhalten Thälmanns“ angegeben. — Die Schriftleiter der Wiener Zeitungen haben die Arbeit niedergelegt als Protest gegen die Beschlagnahmepraxis der Regierung. — Zwischen London und Berlin ist eine direkte Fühlungnahme über den Mussolini-Pakt beabsichtigt. — In der spanischen Hafenstadt Vigo sammelten sich größere Trupps von Kommunisten vor dem Deutschen Konsulat an. Während der Demonstration wurden die Fensterscheiben des Konsulatgebäudes mit Steinen eingeworfen. Auch vor dem italienischen und dem portugiesischen Konsulat veranstalteten die Kommunisten feindliche Kundgebungen.

Die Reform des Krankenkassenwesens

Die fünf Spitzenverbände der Krankenkassen unter Aufsicht des Reichsarbeitsministers

U. Berlin, 26. März. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister hat im Verfolg seines tatkräftigen Reformwerkes auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens die fünf Spitzenverbände der Krankenkassen ohne Unterschied seiner Aufsicht unterstellt. Diese Aufsicht ist auf alle Unternehmungen und Eigenbetriebe der Vereinigungen erstreckt worden.

Ferner wurden den Aufsichtsbehörden Anweisungen zur Durchführung der erweiterten Aufsicht erteilt, um die Entpolkierung der Krankenkassen und die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung endlich sicherzustellen.

Kleine politische Nachrichten

Die Gleichhaltung in den Länderparlamenten. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wird die Reichsregierung die Länderparlamente, soweit sie nicht in den letzten drei Monaten neu gewählt sind, entsprechend den Parteiergebnissen der Reichstagswahl umgestalten. Ende April werden alle deutschen Landtage nationale Mehrheiten aufweisen. Damit wird die Einheitslichkeit der Innenpolitik im Reich hergestellt sein.

Änderung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat. Dem Kabinett liegt ein Entwurf zur Änderung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat vor. Einer der Hauptzwecke dieser Änderung ist die Monopolstellung der Gewerkschaften bei der Auswahl der Arbeitnehmervertreter zu brechen. Wie der D.P.D. erfährt, dürfte es sich um radikale Änderungen handeln, insofern, als die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates künftig von der Reichsregierung ernannt werden sollen. Die Liste der neu ernannten Mitglieder des Reichswirtschaftsrates, deren Zahl auf etwa 50 bis 60 beschränkt wird, dürfte gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Gesetzesänderung bekanntgegeben werden.

Deutsche kirchliche Proteste gegen Grenzpropaganda. Anlässlich der in Neuyork gegen die angeblichen Judenpogrome in Deutschland geplanten großen Protestkundgebungen, an denen auch kirchliche Organe und Persönlichkeiten beteiligt sind, sandte die deutsche Gruppe des protestantischen Weltverbandes an die protestantischen Kirchenleitungen und in Frage kommenden Persönlichkeiten in Neuyork ein Telegramm, in dem versichert wird, daß Judenpogrome in Deutschland nicht vorkommen. Man bitte dringend, der unwahren Grenzpropaganda entgegenzutreten.

Die Reichseinnahmen im Februar 1933 betragen bei den Besitz- und Verkehrssteuern 310,1 Millionen RM., bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 173,8 Millionen RM., im ganzen 483,9 Millionen RM. Bei einem Soll von 746,4 Millionen RM. für das Rechnungsjahr 1932 stellt sich das Gesamtaufkommen der Monate April 1932 bis Februar 1933 einschließlich auf 607,9 Millionen RM.

Severing freigelassen. Der preussische Innenminister a. D. Karl Severing ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden; er muß sich aber zur weiteren Verfügung der Behörden halten. Die man hört, galt die Vernehmung Severings den bekann-

ten Aufständigungen gegen die Regierung Otto Braun, die 2 Millionen Mark widerrechtlich für Wahlzwecke der damaligen preussischen Regierungsparteien verwendet.

Kommisär für die sächsischen Arbeitsämter. Durch den Reichskommissar für das Land Sachsen wurde zur Sicherung der Weiterführung der Geschäfte beim Landesarbeitsamt Sachsen der Kreisamtsleiter der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, Seipt, bis auf weiteres als Kommissar ernannt. Er ist dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Sachsen beigeordnet.

Judenhege in England. Die jüdische Boykottbewegung gegen deutsche Waren, sowie andere jüdische Propagandamaßnahmen nehmen in England größere Ausmaße an. Die jüdischen Organisationen Londons sind miteinander in Verbindung getreten und erwägen gemeinsame Maßnahmen zur Boykottierung deutscher Waren.

Ein Aufruf des Generaldirektors der Reichsbahn

an die Beamten und Arbeiter

Der Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dormmüller wendet an die Beamten und Arbeiter der Deutschen Reichsbahn folgenden Aufruf zu erlassen:

Die nationale Regierung hat die Geschicke Deutschlands in die Hand genommen. Bei dem Wiederaufbau des Deutschen Reiches kann sie mit der bereitwilligen Mitarbeit der Deutschen Reichsbahn rechnen. Der deutsche Eisenbahner hat durch die Not der Zeit sein Ehrenbild blank gehalten.

Im Jahre 1914 hat er den riesigen Ausmarsch des Heeres bewältigt, die gewaltigen Anforderungen von Heer und Heimat erfüllt und zum letzten bitteren Ende auch die Rückkehr des Heeres ermöglicht.

Wenige Jahre nachher waren die Lücken, die Krieg und Abgabe von Lokomotiven und Wagen gerissen hatten, wieder geschlossen. Pünktlichkeit und Ordnung bei der Reichsbahn wieder eingeführt und das erneute Mitgehen mit den Fortschritten der Technik ermöglicht.

Durch Opferwilligkeit und eiserne Disziplin ist es der Reichsbahn aus eigener Kraft gelungen, ihre inneren Verhältnisse wieder gesund zu gestalten und zum Nutzen des Reiches und der deutschen Wirtschaft ihre Finanzen in Ordnung zu halten.

Der gute Geist der deutschen Eisenbahner hat daran das Hauptverdienst. Dieser Geist der Ordnung, Disziplin und Opferfreudigkeit ist bis heute trotz allem erhalten geblieben.

Setzt alle nunmehr eure volle Kraft dafür ein, daß das von der nationalen Regierung ererbte Ziel, unser Vaterland wieder zu Ordnung, Macht und Ansehen zu führen, auch durch die tatkräftige Mitarbeit der Deutschen Reichsbahn erreicht wird.

Gereke verhaftet

Der verhaftete Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und frühere Präsident des Landgemeindefages, Gereke. Ihm



wird zur Last gelegt, seit 1924 1,2 Millionen Mark unterschlagen zu haben.

Handgranaten- und Sprengstofflager gefunden

U. Dresden, 26. März. Nach Mitteilungen des Polizeipräsidiums wurden in Radeberg in den Kramerwiesen 15 Handgranaten und an den ehemaligen Gläserhütten am Ufer der Räder 33 Handgranaten sowie 4 schwere Sprengkörper mit Sprengkapseln und Zündschnüren gefunden. Die Sprengkörper waren gegen die Einwirkung der Feuchtigkeit in Fässern untergebracht, die mit Dachpappe und Delpapier geschützt waren. Der verarbeitete Sprengstoff stammt vermutlich aus Diebstählen, die im September und Dezember 1931 in Gräfenhain bei Königsbrück verübt worden sind. Beamten der Landjäger und Hilfspolizei gelang es, in einem Walde bei Halberbracht bei Meggon (Weißfalten) mehrere Waffenslager ausfindig zu machen. Gefunden wurde eine große Menge Waffen und Munition. Außerdem wurden durch Hausdurchsuchungen bei Kommunisten weitere Waffen und Munition gefunden.

Vom Balkan

Verhaftung des Stoda-Vertreters in Bukarest

U. Bukarest, 26. März. Der Bukarester Vertreter der tschechoslowakischen Stoda-Werke, Selesky, ist auf Anordnung der Militärverwaltung verhaftet worden. Er wird der Spionage und der Entwendung militärischer Dokumente beschuldigt. Selesky gab bei seiner Vernehmung an, er habe nicht spionieren, sondern die Akten nur im Interesse der Ausföhrung von militärischen Aufträgen an die Stoda-direktion weiterleiten (!) wollen.

Japanischer Sieg an der Großen Mauer

U. Tokio, 26. März. Wie das japanische Oberkommando mitteilt, hat die japanische Kavallerie die chinesischen Stellungen an der Großen Mauer vollkommen unerwartet angegriffen und die chinesische Front an 8 Stellen durchbrochen. Die chinesischen Truppen geben jetzt den Kampf auf und ziehen sich in Richtung Peking zurück. Die Japaner haben über 900 Gefangene gemacht und mehrere Geschütze erbeutet.

Aus aller Welt

14 Häuser und 20 Scheunen abgebrannt

Am Sonntagmittag brach in einem Hause des Städtchens Teuschwitz (Oberfranken) Feuer aus. Durch die Abwesenheit der meisten Einwohner, die das schöne Wetter in die Freie gelockt hatte, wurde der Brand sehr spät bemerkt und konnte sich daher in kurzer Zeit stark ausbreiten. Der Feuerwehrturm von Teuschwitz, die eiligst zusammengerufen wurde, gelang es infolge Wassermangels nicht, das Feuer einzudämmen. Von Haus zu Haus und von Scheune zu Scheune fraß sich das Feuer, begünstigt durch den ziemlich starken Wind, fort. Durch die aufopfernde Tätigkeit der gesamten aus der näheren und weiteren Umgebung zusammengezogenen Feuerwehren konnte verhindert werden, daß neue Brandherde entstanden.

Lawinenunglück in den Ostalpen

Eine aus drei Deutschen und drei Tirolern bestehende Touristengruppe wurde in den Ostalpen oberhalb Gurgl von einer Lawine verschüttet. Drei Personen wurden von den Schneemassen weggerissen. Während sich zwei selbst herausarbeiten konnten, blieb der Dritte, der 26jährige Banbeamte Dombrowski aus Berlin, verschwunden. Es wurde von Gurgl sofort eine Hilfsexpedition geschickt, die den Verschütteten nach 5 Stunden tot aufsand.

19 Personen durch Kohlenoxydgas vergiftet

In der Fabrik Duante in Elberfeld war ein neuer Koksöfen aufgestellt worden. Vermutlich funktionierte der Abzug nicht so daß sich der Arbeitsraum mit Kohlenoxydgas füllte. Zuerst klagte eine Frau über Kopfschmerzen. Dann brach die Frau bewußtlos zusammen. Bald folgten ihr einige weitere Frauen, bis schließlich 19 Personen bewußtlos waren. Die Verunglückten befinden sich bereits auf dem Wege der Besserung.

Doppelmord nach der Entlassung

Der Chefingenieur der Reichsbrunnen e. G. m. b. H. Walter Schäfer, der vor etwa 14 Tagen aus seiner Stellung entlassen worden war, hat seinem Leben ein Ende gemacht. Gemeinsam mit ihm ist auch seine Ehefrau freiwillig in den Tod gegangen. Die Eheleute hatten sich mit Gas vergiftet. Kummer über den Verlust seiner Stellung und Nervenzerrüttung soll den Anlaß zu der Tat gegeben haben.

Explosionsunglück in Marienburg

In Marienburg ereignete sich bei dem Fleischermeister Emil Siebert ein schweres Explosionsunglück. Der älteste Sohn des Meisters war im Keller an der Küchlanlage beschäftigt. Plötzlich gab es eine weithin hörbare Detonation wobei ein Flügel des dreistöckigen Gebäudes einstürzte, den im Keller befindlichen Sohn unter sich begrabend. Die über dem Explosionsraum in einem Zimmer befindliche Familie stürzte mit in die Tiefe, blieb aber wie durch ein Wunder unverletzt. Die Feuerwehr konnte erst nach dreistündigen Aufräumarbeiten die Leiche des Sohnes bergen.

Der Streik auf der Klimontow-Grube abgebrochen

Der zehntägige Proteststreik der 400 Bergarbeiter auf der Klimontow-Grube in Sosnowitz, den die Belegschaft zum Teil unter Verweigerung der Nahrungsaufnahme unter Tage durchgeführt hat, ist abgebrochen worden, nachdem der Wojwode die Zuficherung gegeben hatte, daß die rückständigen Löhne voll ausbezahlt würden und daß eine Stilllegung der Grube vorläufig nicht in Frage komme, ist die Belegschaft zurückgekehrt.

Regierungsmaßnahmen in Württemberg

Landeskommissar für die württ. Polizei

Innenminister Murr hat die Leitung der württ. Polizei an einer Stelle, die dem Innenministerium untersteht, zusammengefaßt. Zum Sonderkommissar für die Polizei ist der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Pfannenstücker-Ulm bestellt worden. Zu weiteren Landeskommissaren wurden berufen Hauptmann a. D. Alfred Müller für den Arbeitsdienst, Major a. D. Erlshorn für Gas- und Luftschutz.

Schatten der Schuld

44 Roman aus dem Leben / Von Gustav Rehfeld

Diejenige, welche das Gift in die Medizin der armen Gnädigen gegossen hat, die das Fläschchen mit dem Gift Fräulein Felsen, während sie schlief, in die Tasche gesteckt hat, die den Schreibstisch austräumte und hernach lange Zeit in Fräulein Felsens Zimmer war, wo sie wahrscheinlich alles versteckte, um sie in Verdacht zu bringen, — diejenige, welche alle diese Schmutzigkeiten beging, war — die Baroness Jutta von Brocksdorff! Ich habe es gesehen, und kann es beschwören! Und nicht bloß ich, sondern auch der Hauslehrer Willert!

„Das ist ja unmöglich!“ brach der Staatsanwalt empört aus. „Und das sagen Sie erst jetzt? Sie wußten, daß eine Unschuldige, des Mordes angeklagt, im Gefängnis sitzt, und vermochten so lange zu schweigen? Wissen Sie auch, daß wenn Sie achthundertzig Stunden später kamen, das Todesurteil vollstreckt gewesen wäre?“

„Ich durfte ja nichts sagen!“ erwiderte Berta Braun, reuig den Kopf senkend, und mühsam ihre Tränen zurückhaltend. „Am liebsten hätte ich gleich in jener Nacht Lärm gemacht, als die Baroness das Verbrechen verübt hatte — dann lebte die gnädige Frau heute noch! Aber der Hauslehrer Willert liest es nicht. Er verstand es so gut, mich zu beschwören, daß ich ihm glaube und schwieg!“

„Unhörbar!“ rief der Staatsanwalt ein über das andere Mal, häftig das Zimmer durchmessend. „Alingt wie ein Roman! Die Baroness Brocksdorff! Wenn es wahr wäre! Das arme Mädchen! Daher ihr Ausruf: „Ich bin aber doch unschuld!“ Gar zu sehr klang er nach Wahrheit! Und beinahe — schrecklich — schrecklich!“

Er griff nach der Glocke und klingelte lärmend. Dem eintretenden Gerichtsdiener befahl er:

„Ersuchen Sie sofort Herrn Untersuchungsrichter Möbius, sowie Herrn Kriminalkommissar Pierson, sich zu mir bemühen zu wollen. Sind die Herren nicht mehr im Gerichtsgebäude, so eilen Sie nach ihren Wohnungen und teilen Sie ihnen meinen Wunsch mit. Herr Gerichtsschreiber Korzyn soll ebenfalls erscheinen. Sch...“

Die Dienstattegrenze von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt

Das Staatsministerium hat durch eine Notverordnung, die demnächst im Regierungsblatt erscheinen wird, die Altersgrenze der Beamten vom 67. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt und bestimmt, daß ein Beamter auf seinen Antrag oder von Amts wegen in den Ruhestand versetzt werden kann, wenn er das 60. Lebensjahr (bisher das 65.) Lebensjahr zurückgelegt hat und durch sein Alter in seiner Tätigkeit gehemmt ist. Um keinen Mehraufwand für den Staat entstehen zu lassen, bestimmt die Verordnung (unter Befristung bis zum 31. März 1937, daß neuernannte und beförderte Beamte erst nach 10 Monaten in die Bezüge der neuen Stelle einrücken. Dadurch sollen aber Beamte, die in diesen 10 Monaten mit Versorgungsberechtigung ausscheiden, nicht benachteiligt werden. Die Frage, ob und inwieweit für die Hochschullehrer und die Beamten der Gemeinden und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts ähnliche Bestimmungen zu erlassen sind, wird alsbald geprüft werden.

Das Justizministerium

hat Anordnung getroffen, daß jüdische Richter künftig in Strafsachen nicht mehr tätig sein dürfen und daß jüdische Beamte nicht mehr als Staatsanwälte und Amtsanwälte verwendet werden. — Das Justizministerium hat sich ferner veranlaßt gesehen, die sofortige Entfernung der Anhänger der K.P.D. und ihrer Hilfsorganisationen aus sämtlichen Käfnichterstellen anzuordnen. Damit ist die Gefahr beseitigt, daß Kommunisten noch als Geschworene, Schöffen oder sonstige Beisitzer tätig werden.

Eine zurückgenommene Klage

Die frühere württembergische Regierung hat die durch den Reichsminister des Innern am 8. März 1933 erfolgte vorübergehende Uebernahme der politischen Befugnisse der Obersten Landesbehörde und die damit verbundene Einsetzung eines Reichskommissars zur Wahrnehmung dieser Befugnisse beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich als angeblich verfassungswidrig angefochten. Die neue württembergische Regierung hat diese Klage zurückgenommen. Sie vermochte die Auffassung von der Verfassungswidrigkeit dieser vom Reich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Württemberg vorübergehend getroffenen Maßnahmen nicht zu teilen. Nachdem die württembergische Regierung am 15. März neu gebildet worden ist hat der Reichsminister des Innern inzwischen auch seine Anordnungen vom 8. März zurückgenommen.

Allgemeines Schächtverbot in Baden

Der beauftragte Minister des Innern, Stellvertreter Köhler, hat eine Verordnung über das Schlachten von Tieren erlassen, die u. a. besagt: Alle zur Schlachtung bestimmten Tiere sind beim Schlachten vor Beginn der Blutentziehung zu betäuben. — Die beauftragte Regierung in Baden beabsichtigt, künftig die Monatsgehälter der staatlichen und gemeindlichen Beamten und Angestellten nur noch bis zum Höchstbetrag von 1000 M auszahlen zu lassen. — Unter dem Verdacht, daß er sich habe betreten lassen, ist Oberinspektor Dr. Keller bei der Abteilung der Buch- und Betriebsführung des Landesfinanzamtes in Karlsruhe verhaftet worden. Der Verhaftete soll eine große Tabakfirma begünstigt haben.

Aus Stadt und Land

Calw, den 27. März 1933.

Die Polizeiaktion im Oberamtsbezirk Calw

ist am Samstag abgeschlossen worden. In zwei Transporten wurden insgesamt 32 Personen nach dem Lager Heuberg verbracht. Wie wir soeben erfahren, ist anstelle von Bürgermeister Dirx-Stammheim, M.D.L., der Landtagsabgeordnete Philipp Böhner in Nagold zum Polizeiuferkommissar für unseren Bezirk ernannt worden.

Georg Friedrich Händel: Der Messias

Der Evang. Kirchengesangsverein hat gestern unter Leitung seines verdienstvollen Dirigenten Hermann Mall Händels „Messias“ in der Stadtkirche aufgeführt. Dieses

berühmte Oratorium, für gemischten Chor, Soli, Orchester und Orgel geschrieben, ist geistiger unvergleichbarer Besitz der gesamten christlichen Kulturwelt; es hat eine Verbreitung gefunden, wie nur die fünfte Beethoven-Sinfonie oder die Matthäuspassion von J. S. Bach. Gleich letzterer wird der „Messias“ in der Aufführung zu feierlichem Gottesdienst, zu einer erhabenen Offenbarung in Tönen. Den schönsten Satz hat wohl Gervinus über dieses Hauptwerk christlicher Kunst geschrieben: „Der ganzen Christenheit ist in diesem „Messias“-Oratorium ein Hymnus über das ganze Erlösungswerk gesungen in einem durchgeistigten Auszuge aus der Lebens-, Leidens- und Verherrlichungsgeschichte Christi“. Aus den Psalmen, den Büchern der Propheten, aus dem Neuen Testament sind die Sprüche im Hinblick auf Jesus genommen, zusammengestellt und in drei Teile gegliedert. Ankündigung und Geburt dann Leiden und Auferstehung und die Welterlösung. Wir bewundern die Kunstvollen, in sich fest geschlossenen Schöpfungen der Arioso-Mezitative, der Arien und Chöre, der instrumentalen Vor- und Zwischenstücke und sind ergriffen von der Wärme und Innigkeit, die sie ausstrahlen, von jenem unverlierbaren Glauben an den Welt-erlöser, den diese Musik durchzieht. Zu mitreißendem Erlebnis wird immer wieder der den zweiten Teil abschließende große Donkagefang „Halleluja“ für Chor und Orchester. Hier bricht unvergleichliche Kunst in einfacher Form. Alles ist auf die Masse hin angelegt; für die Masse, den großen Chor, die große Hörerschaft, den großen Raum gedacht. Helles, strahlendes D-Dur; fetter Vieriertakt; glanzvoller Einsatz „Halleluja“, unisono aller Stimmzüge. „Denn Gott der Herr regiert allmächtig“ Eine Lobpreisung von grenzenloser Kraft und Helle!

Der an Aufgaben solcher Größe schon mehrfach gesungene Chor des Evang. Kirchengesangsvereins bereitet dem Werk eine überaus würdige Wiedergabe. Der sinnesreiche Chor besitzt nicht nur durch seine satzliche Größe, sondern auch durch seine Disziplin und gesangstechnische Schulung die erforderliche Spannung. Hermann Mall, der vorwärtsstrebende Chorleiter hatte es an einer liebevollen und eindringenden Vorarbeit nicht fehlen lassen. Besonders alles Chorische und Instrumentale verdient seiner klaren Ausformung wegen herzliche Hervorhebung. Der „Halleluja“-Chor wie der von Händel mit gleicher Genialität gestaltete Schlusschor mit dem großen Amen zeigten den Chor und seinen tüchtigen und straff leitenden Führer auf bewundernswürdiger Höhe. Organist A. de. Stuttgart, und das durch auswärtige Musikfreunde verstärkte Orchester des Vereins entledigten sich ihrer recht hohen Anforderungen stellenden Aufgabe mit bestem Gelassen und wirkten ausdrucksvoll und rhythmisch-prägnant. Das Cembalo spielte Hedwig Dieterich-Calw mit sicherer Einfühlung und bekannter Verlässlichkeit.

Den geschlossenen Ausdruck koloraturbehängter Händel-Arien zu treffen und in letzter Klarheit zu bringen, ist in unserer Zeit für Sänger und Sängerinnen nicht eben leicht. In dessen waren in der verständnisvollen Deklamation und in der guten musikalischen Intention — besonders im zweiten und dritten Teil der Aufführung — die Solisten recht glücklich. Maria Geiger-Stuttgart verfügt über einen musikalisch geleiteten, innig klingenden Sopran. Sie hatte ihren Part fleißig vorbereitet und sang speziell die „Verständigung“ mit schöner, innerer Teilnahme. Margarete Kramer-Stuttgart gefiel durch die sichere Führung ihrer Altstimme; die große Arie im zweiten Teil gelang sicher und mit viel echter Empfindung. Als talentierter Tenor bot Albert Barth-Oberklingen eine wohlhabende, sehr anerkanntswürdige Leistung. Seit seinem letzten hiesigen Auftreten hat er recht bedeutende Fortschritte gemacht, was im Verlauf der Aufführung immer mehr in Erscheinung trat. In Bruno Müller-Stuttgart lernten wir einen vielversprechenden Oratoriansänger mit prächtiger Bass kennen. Die zahlreich die Kirche füllenden Hörer erlebten Stunden der Andacht und Erbauung. Man schied mit Dank gegenüber dem arbeitsfreudigen Chor, seinem übersehenden und gewissenhaften Leiter und allen weiterführenden Mitwirkenden.

Der Mann hatte kaum das Zimmer betreten, als der Tür sich abermals aufhat und der Landgerichtsdirektor Andre, derselbe, der im Februar jener Schwurgerichtssitzung präsiert hatte, eintrat.

„Kommen Sie mit, Herr von Eynern?“ fragte er, als ein Blick auf Berta Braun fiel, die links vom Eingange stand. „Ach so, — Sie sind noch beschäftigt! Dauert es lange?“

„Bitte, Herr Direktor, nehmen Sie Platz, es wird Sie interessieren. Denken Sie sich, soeben teilt mir dieses Fräulein mit: die Felsen sei unschuldig an dem Mord der Gräfin Schwarzegg, — die Baroness Brocksdorff habe ihn begangen! Was sagen Sie dazu?“

Der Landgerichtsdirektor war starr vor Staunen. Als die übrigen Herren sich eingefunden hatten, sagte der Staatsanwalt: „Nun berichten Sie den Hergang! Erzählen Sie alles, was Sie wissen!“

Und Berta Braun begann erst leise und unsicher, dann bestimmter und eifriger:

„Ich war zweites Stubenmädchen im Schlosse zu Schwarzegg und hatte ein Verhältnis mit dem Hauslehrer des jungen Grafen, dem Doktor Willert. Er hatte mir versprochen, daß er mich, sobald als möglich, heiraten wollte!“

„Glaubten Sie ihm denn das? Er stand doch an Bildung, als auch in gesellschaftlicher Stellung jedenfalls weit über Ihnen!“

„Zuerst glaubte ich ihm nicht! Aber er wußte so schön zu reden, er beteuerte mir immer wieder, daß er nicht von mir lassen könne und daß er mich heiraten wolle, daß ich ihm schließlich glaube und — nun, ich war ihm ja auch von Herzen gut!“

„Sind Sie das heute nicht mehr?“

„Heute weiß ich, daß er mich betrogen hat! Wir trafen uns feinerzeit immer in späten Abendstunden in den oberen Geschossen. Und in jener Nacht, in der das Unglück geschah, begleitete mich Willert nach unten, weil ich mich fürchtete. Wir waren in die untere Etage gekommen, welche die Herrschaft bewohnt, als wir in der Nähe eine Tür leisen Knarrens hörten. Wir wollten natürlich nicht gesehen werden. Es war Mondschein. Deshalb versteckten wir uns hinter einen Pfeiler und sahen nun, wie eine verumteltete Gestalt auf Strümpfen sich vorbeischiebte und unhörbar die Glasstür öffnete, welche nach den Gemächern der Gräfin führte. Gleich darauf war

er verschwunden. „Wer war das?“ flüsterte ich. — „Wer weiß? Wir müßten untersuchen, was das bedeutet!“ sagte, Willert leise. Ich war derselben Meinung. So schlüpfen wir uns denn ebenfalls — die Tür war offen geblieben — in den Korridor zu den Zimmern der Gräfin hinein und lauschten. Da sahen wir auf einmal Licht im Boudoir der Gnädigen. Die Flügeltür war nicht geschlossen, sie stand eine Hand breit offen und so konnten wir bequem hineinschauen. Die Person — es war ein — Frauenzimmer, das sahen wir jetzt, nur konnten wir nicht erkennen, wer es war, weil sie sich den Kopf mit einem großen Tuch umhüllt hatte, — stand vor dem Schreibstisch der Gnädigen und schloß ihn leise auf. Dann zog sie einen Kasten nach dem anderen auf, kniete nieder und begann nun alles in ein großes Tuch zu packen, das sie neben sich auf den Teppich gelegt hatte, — Rollen und Etuis! Dabei verfuhr sie so vorsichtig, daß nicht das Geringste zu hören war. Ich wußte Bescheid, das war eine Diebin; sowie dieselbe zurückkam, mußten wir sie festnehmen. Als die Rollen leer waren, schob sie sie wieder zu, verschloß den Schreibstisch, legte die Schlüssel an ihren gehörigen Platz und knetete hierauf das Tuch, in welchem sich ihr Raub befand, zu. Wir glaubten, sie werde nun herauskommen, aber das war nicht der Fall. Sie zog ein Fläschchen aus der Tasche, schüttelte es und schlich dann nach der Tür, welche in das Schlafzimmer der Gräfin führte. Einige Zeit stand sie dort, lauschte, und sah durch die scheinbar nur angelehnte Tür hinein. Endlich öffnete sie dieselbe leise und trat ein, ließ aber den Türflügel weit geöffnet. Wir sahen uns an. Die Sache wurde uns immer rätselhafter. Da sahen wir die Verumteltete zurückkommen und die kleine Blendlaterne, welche auf dem Schreibstisch stand, verschließen. Nun war es ganz finster. Wir glaubten, sie werde jetzt kommen, aber sie kam nicht. Da öffnete Willert leise die Tür, und wir schlüpfen in das Boudoir der Gnädigen. Aus dem Schlafzimmer drang jetzt soviel Licht herein, daß wir uns nach der Diebin umsehen konnten.

Im Boudoir war sie nicht mehr. Sie stand im Krankenzimmer, dicht am Bette der Gnädigen. Wir stellten uns so auf, daß wir sie beobachten konnten, ohne von ihr gesehen zu werden. Die Gnädige schlief — beim Schein des Nachtlichtes erkannten wir es deutlich — und auch Fräulein Felsen lehnte fest schlafend in ihrem Stuhle.

(Fortsetzung folgt.)

Dienstnachricht

Reichsbahnoberbetriebsrat Naggab in Calw (Reichsbahn-Betriebsamt) ist nach Friedrichshafen (Verfäktantenamt) versetzt worden.

Zum nationalen Feiertag in Bad Liebenzell

Durch ein bedauerliches Versehen ist in dem Bericht über die Veranstaltung des nationalen Feiertags in Bad Liebenzell die Mitwirkung des Krieger- und Militärvereins unerwähnt geblieben. Wir holen dies heute um so lieber nach, als gerade im Krieger- und Militärverein unter Führung von Vorstand Ehrhardt und seiner Mitarbeiter schon in den Jahren, als die Pflege wahrer Vaterlandsliebe noch nicht sehr hoch im Kurs stand, ein durchaus nationaler Geist herrschte. Die starke Beteiligung, mit welcher der Verein im Fackelzug marschierte, und die Ansprache, die der stellvertretende Vorstand, Schriftführer Otto Starck, im Schulhof hielt, gaben der Koffhändlerverein und Vaterlandsliebe dieses Vereins bereiten Ausdruck. Es ist uns ein Bedürfnis, dem Krieger- und Militärverein für seine Teilnahme an der Feier, wie überhaupt für seine wertvolle Arbeit in der Gemeinde aus diesem Anlaß besonders zu danken.

Vorbereitende Schließung des Konsumvereins Stammheim

Nachdem am Samstag vormittag durch drei Plakatträger die Einwohnerschaft Stammheims aufgefordert worden war, nichts mehr im Konsumverein zu kaufen, sammelten sich auf Einladung sämtliche Stammheimer Gewerbetreibende aller Berufe - ungefähr 50 an der Zahl - vor der Konsumvereins-Filiale. Forstmeister Schiedt der DGL der NSDAP. und 2 mit Karabiner und Seitengewehr bewaffnete SA-Leute waren miterschienen. Nachdem die Beauftragten der Gewerbetreibenden verlangt hatten, daß die Filiale geschlossen werden müsse, ließ Forstmeister Schiedt durch Handaufheben darüber abstimmen. Alle stimmten restlos für sofortige Schließung. Forstmeister Schiedt setzte die Ladeninhaberin von dem Resultat der Abstimmung in Kenntnis und verlangte Schließung der Filiale. Nachdem Türe und Schaufenster verschlossen waren, wurde oberhalb der Ladentüre ein Plakat angebracht mit der Aufschrift: „Kauft nichts im Konsumverein, kauft bei den Gewerbetreibenden, die am meisten Steuern bezahlen.“ Die beiden Hilfspolizisten wurden nach Beendigung der Sache wieder eingezogen. Der ganze Hergang verlief ohne Zwischenfall. Auf Veranlassung von Geschäftsführer Ulrich-Calw wurde die Konsumvereins-Filiale wieder geöffnet und das Plakat entfernt. Weitere Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Ein Abend der Fröhlichkeit, des Frohsinns, des Humors

Willy Reichert mit seinem Künstlerensemble kommt am 10. April nach Calw und bringt Freude, Lebenslust und für einige Stunden Erbauung. Das ganze Programm des Abends ist darauf eingestellt, den Besucher einige Stunden über den Alltag hinwegzutragen, und es sollte niemand veräumen, diese von Humor strotzende Veranstaltung, in der Willy Reichert sowohl als Ansager wie auch als Solohumorist und Schauspieler in verschiedenen urkomischen Einaktern seine glänzenden Fähigkeiten zur vollsten Geltung bringt, zu besuchen. (Näheres im Anzeigenenteil.)

Nagold, 27. März. In der letzten Sitzung der Fürsorgekommission wurde beschlossen, Gesuche von jungen Leuten

Erschöpfende Berichterstattung

aus Heimat und Welt

bietet Ihnen jeden Tag rasch und zuverlässig das „Calwer Tagblatt“. Vergessen Sie deshalb nicht, Ihr Bezugsrecht rechtzeitig zu erneuern.

unter 25 Jahren um Einstellung als Fürsorgearbeiter bei der Stadt grundsätzlich abzulehnen, wenn die Betroffenen nicht nachweisen können, daß sie bereits 40 Wochen im freiwilligen Arbeitsdienst tätig waren. - Für besonders bedürftige größere Familien werden im Stadtwald eine Anzahl Loheschlagraum zur Aufbereitung unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Altensteig, 26. März. Nach einem Erlaß des Innenministeriums hat die Entwicklung der Zeitverhältnisse dazu geführt, daß Bürgermeister Pfizenmaier bis auf weiteres beurlaubt wurde. Als kommissarischer Stellvertreter wurde Sparfassenndirektor Walz ernannt, der die Stelle ehrenamtlich vertritt. Die kommunistischen Stadträte Hennefarth und Bader wurden von Landjägern abgeführt. Später fand noch die Verhaftung des Silberarbeiters Friedrich Hennefarth statt. - Nach einem Telegramm des Reichstagsabgeordneten Dr. Stähle aus Berlin sind die Mittel zum Straßenbau Nagold-Altensteig genehmigt worden.

Stuttgart, 26. März. Am Samstagnachmittag ereignete sich in Overtürkheim ein folgenschweres Unglück. Bei einem Versuch, Wasser und Sauerstoff unter atmosphärischen Druck zu setzen, explodierte der eiserne Gasbehälter, wobei einem der Beteiligten, einem 38 Jahre alten Mann, durch Eisenstücke des zersplitterten Kessels der Brustkorb eingedrückt wurde. Der Tod trat sofort ein. Der zweite Beteiligte erlitt Verbrennungen im Gesicht.

Better für Dienstag und Mittwoch Infolge des östlichen Hochdrucks ist für Dienstag und Mittwoch immer noch heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Turnen und Sport

Fußball-Ergebnisse vom Sonntag

- Länderspiele: Frankreich - Belgien 3:0 Am die s. d. d. Meisterschaft: FC. Nürnberg - Bayern München 0:2 1860 München - SpB. Waldhof 0:1 Stuttgarter Kickers - SpB. Mainz 1:1 Karlsruher FC. - Eintracht Frankfurt 2:3 SpB. Frankfurt - VfB. Nürnberg 2:1 FC. Pirmasens - Spielvgg. Fürth 1:1 Wormatia Worms - Union Bödingen 6:1

- Am den s. d. d. Verbandsspielen: Stuttgarter Sportklub - FC. Birkenfeld 1:0 VfB. Stuttgart - Mühlburg 2:1 FC. Pforzheim - Sportklub Freiburg 4:3 FC. Freiburg - SpB. Feuerbach 3:1 Aufstiegs spiele zur Bezirksliga: FC. Eutingen - SpB. Neulingen 3:0 VfB. Heilbronn - Stuttgarter Sportfreunde 3:2 Spielvgg. Cannstatt - SpB. Göppingen 3:4 Aufstiegs spiele zur Kreisliga: Nordstern Pforzheim - FC. Calw 3:0 Calmbach - Bisingen 2:3 Freundschaftsspiele: Spielvgg. Gchingen 1. - FC. Altburg lomb. 2:1

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 25. März Obst: Tafeläpfel: 16-20; Kochäpfel 12-15; Gemüse: Karotteln 2-3; Kopfsalat 12-15; Silberkraut 4-5; Weißkraut, rund 4-5; Rotkraut 5-6; Blumentohl 20-25; Grünkohl 8-10; rote Rüben 5-6; gelbe Rüben 4-6; Zwiebeln bis 7; Gurken, große 1 Stück 40-70; Rettiche 3-8 alt; 15 bis 25 neu; Monatsrettiche 1 Bund 10-12; Sellerie 6-18; Schwarzwurzeln 20-30; Spinat 20-22; Rhabarber 15-20.

Aus Württemberg

Hagelversicherung

Das Wirtschaftsministerium gibt folgenden Erlaß bekannt: Der württembergische Staat hat mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Berlin ein Abkommen getroffen, wonach die Gesellschaft dem Wirtschaftsministerium das Recht der Mitwirkung bei der Aufstellung der württembergischen Prämientarife sowie des Einblicks in ihre gesamte Geschäftsführung eingeräumt und sich verpflichtet hat, alle württembergischen Landwirte auf Antrag gegen Hagelschaden zu versichern. Die Gesellschaft erhebt von ihren württembergischen Mitgliedern für das Jahr 1933, wie im Vorjahr, zusammen mit der Vorpämie einen Zuschlag von 80 v. H. der Vorpämie zu Gunsten des württembergischen Staats, der die Nachschulpflicht gegenüber der Gesellschaft übernommen hat. Die württembergischen Mitglieder der Gesellschaft sind damit von jeder Nachschulpflicht befreit.

Es muß erwartet werden, daß von dieser außerordentlich günstigen Gelegenheit des Versicherungsschutzes gegen Hagelschaden in größtem Ausmaße Gebrauch gemacht wird. Die letzten Jahre haben dem Landwirt die Größe und Schwere des wirtschaftlichen Schadens von Hagelschlägen leider nur zu deutlich vor Augen geführt. Die schwierige Lage, in der sich die Landwirtschaft befindet, macht eine Versicherung gegen Hagelschaden ganz besonders notwendig, da ein großer Teil der Landwirte einen Ernteausfall, wie ihn ein schwerer Hagelschlag zur Folge hätte, kaum zu überwinden vermöchte. Die Gewährung staatlicher Unterstützung oder staatlicher Hilfsmassnahmen zu Gunsten nicht oder ungenügend versicherter, durch Hagel geschädigter Landwirte kann bei den weitgehenden Staatsleistungen für die Hagelversicherung nicht mehr in Frage kommen.

Advertisement for Drahtgeflechte, Stacheldrähte, Spanndrähte, Drahtspanner, Eisenhandlung Carl Herzog Calw, and Wasserglas. Includes text: 'Nur noch 1 Bauplatz in der bevorzugten Lage an der Eduard Konz-Strasse habe ich noch abzugeben!' and 'Reichert an der Brücke Ein zuverlässiger Pferdeamecht für Landwirtschaft u. Holzfuhrwerk...'.

Advertisement for 'Worauf warten Sie, Herr Kollege?' featuring a dog illustration and text: 'Aha! Verlaufen? Sieht Ihnen ähnlich! Aber Ihr Herrchen wird doch wohl so intelligent sein...'.

Large advertisement for 'Weiße Wochen bis Montag, 3. April' by Paul Röchle & Co. am Markt, Calw. Lists various types of fabric and their prices: 'Wir bringen große Posten weißer Baumwollwaren zu besonders billigen Preisen zum Verkauf und empfehlen: Weiß Baumwolltuch, Makkotuch, Schülertuch, Doppelbreit Baumwolltuch, Weiß Hausdick, Halbleinen, Streifendamast, Blumendamast'.

Advertisement for 'Willy Reichert kommt!' with 'VORANZEIGE' and 'Der Liebling Württembergs'. Lists various adjectives: 'fröhlich, heiter, lustig, glücklich, lachen, jubeln'. Includes contact information: 'Darum merken Sie vor: Montag, 10. April, Badischer Hof, Calw'.